

Wie man Macht- verhältnisse zementiert

Eine Maya-Anwältin und ein Indigenen-Leader aus Guatemala* absolvierten in der Schweiz eine Info-Tour, organisiert vom Guatemalanetz Bern und den Peace Brigades Schweiz. Am vergangenen Freitag berichteten sie beim Guatemalanetz Zürich darüber, wie mit Beteiligung der Schweizer Firma Holcim in ihrer Heimat eine Zementfabrik gebaut wird. Dies, obwohl die lokale Bevölkerung das Projekt ablehnt und seit Jahren gewaltfreien Widerstand leistet. Die beiden gewährten auch Nicole Soland ein Interview – unter speziellen Bedingungen.

P.S.: Frau C...

(der Präsident des Guatemalanetzes Zürich, Toni Steiner, der dem Gespräch als Dolmetscher beiwohnt, unterbricht) Moment, Sie dürfen keine Namen nennen!

Warum nicht?

Toni Steiner: Unsere Gäste aus Guatemala traten vor ein paar Tagen an einer öffentlichen Veranstaltung in Genf auf. Sie informierten dort über den Bau der Zementfabrik und dessen schlimme Auswirkungen auf Mensch und Natur. Anschliessend konnten die Menschen

Projekt zu 80 Prozent trägt, halte sich ebenso an Gesetze und Regeln wie die schweizerische Holcim – eine der grössten Zementproduzentinnen weltweit –, welche die restlichen 20 Prozent finanziert. Sie erklärten weiter, es stimme gar nicht, dass die lokale Bevölkerung gegen das Projekt sei. Zudem werde weder der Bau noch der Betrieb der Fabrik Umweltschäden verursachen.

Danke für die Info. Fangen wir nochmals an: Warum informieren Sie gerade jetzt in der Schweiz über das Projekt – immerhin ist es seit 2006 ein Thema?

Die Anwältin: (Anmerkung der Red.: Alle folgenden Aussagen stammen von ihr, während der Indigenenführer das Gespräch protokollierte) Während der vergangenen vier Jahre haben die Peace Brigades International die Menschen in San Juan Sacatepéquez begleitet, die sich im Widerstand befinden. Nun ist der Moment gekommen, um die Menschenrechtsverletzungen, welche die beiden Firmen begangen haben, auch in der Heimat der Holcim bekannt zu machen.

Sie stellen aktuell eine neue Stufe der Eskalation in Sachen Menschenrechtsverletzungen fest?

gieren. Im Artikel 6 der Konvention 169 der Internationalen Arbeits-Organisation ILO, der von indigenen Völkern in unabhängigen Staaten handelt und den Guatemala ratifiziert hat, ist unter anderem dies festgehalten: Die Regierungen müssen die betroffenen Völker konsultieren, wann immer gesetzgeberische oder administrative Massnahmen getroffen werden sollen, die sie direkt betreffen könnten. Weiter heisst es dazu, die Konsultationen seien mit dem Ziel abzuhalten, dass Zustimmung zu den vorgeschlagenen Massnahmen erreicht wird – oder eine Einigung darüber, welche Massnahmen zu ergreifen seien.

Guatemala hat zwar die Konvention ratifiziert, aber nie eine Ausführungsgesetzgebung beschlossen. Ihre Chancen, dass der Protest gehört wird, mehrt das wohl kaum...

Natürlich kann man immer via juristische Streitfragen vom Wesentlichen ablenken. Aber die Konvention ist ratifiziert und müsste deshalb gelten. Sie ist jedenfalls ein wichtiges Mittel, um den Staat dazu zu zwingen, die Gesetze zu demokratisieren. Mit dem aktuellen System – wenige bereichern sich, während die Indigenen verarmen – muss endlich Schluss sein.

Angenommen, die lokale Bevölkerung würde gemäss ILO-Konvention angehört und einbezogen: Was wären ihre Argumente gegen die Zementfabrik?

Es ist zuerst mal eines der grössten Projekte der letzten Jahre. Es war von Anfang an klar, dass Cementos Progreso während 25 Jahren das Recht erhalten soll, die Natur zugunsten der Zementproduktion auszubeuten. Für das dafür benötigte Territorium von 19 km² Fläche haben die beiden Firmen lediglich 350 000 Dollar bezahlt. Für ein Territorium notabene, das mitten zwischen Dörfern liegt, in denen die indigene Bevölkerung seit Menschengedenken lebt und Landwirtschaft betreibt...

Die Grösse des Projekts und die finanziellen Details allein treiben die Menschen kaum scharenweise auf die Strasse.

Natürlich nicht. Zur schieren Grösse des Projekts kommt hinzu, dass es die ökonomischen und kulturellen Gepflogenheiten der lokalen Bevölkerung bedroht. San Juan Sacatepéquez ist seit jeher bekannt für seine Blumen-Kultu-

«Wenn Menschenrechtsverletzungen hier in der Schweiz geahndet werden, dann sollte das auch der Fall sein, wenn sie in Guatemala begangen werden.»

im Publikum Fragen stellen. Erst jetzt merken wir, dass Männer im Publikum sassen, die offensichtlich von der bekämpften Zementfabrik in San Juan Sacatepéquez abgeordnet waren. Sie meldeten sich zu Wort und versuchten unsere ReferentInnen einzuschüchtern.

Wie das?

Toni Steiner: Sie erklärten dem erstaunten Publikum, es stimme gar nicht, was da vorgetragen worden sei. Die guatemalteckische Firma Cementos Progreso, die das Zementfabrik-

Nein, schon der Projektstart im Jahr 2006 war von einer Serie von Gewalt gegen die Widerstand leistende lokale Bevölkerung geprägt. Die Menschenrechtsverletzungen sind nichts Neues. Aber sie halten an, und dagegen wollen wir etwas unternehmen.

Worin bestehen die Menschenrechtsverletzungen?

Es geht um die Rechte der indigenen Bevölkerung bezüglich des Landes, das sie seit jeher bewohnen und bebauen, und um ihr Mitspracherecht bei Projekten, die dieses Land tan-



Der gewaltfreie Widerstand geht weiter: Demo gegen die geplante Zementfabrik in San Juan Sacatepéquez, Guatemala.

ren und für landwirtschaftliche Produkte. Beides gibt es nicht ohne Wasser. Was aber, wenn wegen der Zementproduktion das Wasser knapp wird? Und was ist, wenn dadurch die Böden vergiftet werden? Was ist mit den Wäldern, die abgeholzt werden müssen? Auch wenn Cementos Progreso und Holcim mit ihrer 'grünen' Firmenpolitik Werbung machen: Das Projekt verursacht irreparable Schäden an der Natur und bewirkt, dass man in dieser Gegend künftig nicht mehr leben kann.

Tatsächlich? Das können sich doch solch grosse Firmen gar nicht leisten, das würde ja ihren Ruf ruinieren.

Leider scheinen sie diese Gefahr als sehr gering einzuschätzen. Sie begehen jedenfalls Grundrechtsverletzungen. Zudem hat zeitgleich mit den ersten Widerstandsaktionen gegen das Projekt ein Prozess der Kriminalisierung jener Menschen begonnen, die sich gegen diese Verletzungen wehren.

Was meinen Sie mit 'Kriminalisierung'?

86 Personen wurden angeklagt, im Rahmen von Widerstandsaktionen gegen Gesetze verstossen zu haben. Ein Mann aus dem gewaltlosen Widerstand wurde zu 150 Jahren Gefängnis verurteilt – er soll drei Männer umgebracht haben... Vier Personen wurden zu mehr als drei Jahren Gefängnis verurteilt. Eine Person wurde getötet. Und so weiter. Als Reaktion auf eine grosse Kundgebung im Sommer 2008 rief die nationale Regierung für 15 Tage den Ausnahmezustand aus, um «die Sicherheit wieder garantieren zu können». Das heisst nichts anderes, als dass die Regierung Guatemalas den privaten grossen Investoren dabei hilft, ihre Interessen gegen die Interessen der eigenen indigenen Bevölkerung durchzusetzen.

Wenn der eigene Staat keinen Grund sieht, die indigene Bevölkerung in San Juan Sacatepé-

quez zu schützen, was sollen denn wir in der Schweiz tun? Was erwarten Sie von uns?

Ich wünsche mir, dass die Zivilgesellschaft in der Schweiz dieselbe Aufmerksamkeit auf die BürgerInnen in Guatemala lenkt wie auf ihre Firmen, die im Ausland Gewinn machen. Es geht mir um die Gleichbehandlung; schliesslich sind wir alle Menschen. Wenn Menschenrechtsverletzungen hier in der Schweiz thematisiert und geahndet werden, dann sollte das auch der Fall sein, wenn sie in Guatemala oder sonst einem Land begangen werden. Die Menschen in der Schweiz sollten ihre Solidarität zeigen. Das würde der schwachen Regierung in Guatemala möglicherweise die Augen öffnen. Es würde sie darauf aufmerksam machen, dass von Grossprojekten grosser Konzerne viele Menschen betroffen sind, und dass es zu ihren Aufgaben gehört, auch für das Wohlergehen dieser Leute einzustehen. Und die Betroffenen in Guatemala würden sich freuen, wenn sie wüssten, dass sich die Menschen in der Schweiz mit ihnen solidarisieren.

Es gibt aber auch Menschen in San Juan Sacatepéquez, die lieber irgendwo arbeiten möchten – zum Beispiel in einer Zementfabrik –, als gar nichts zu beissen zu haben.

Natürlich hat man uns mit Arbeitsplätzen geködert. Cementos Progreso offeriert 600 Arbeitsplätze. In der Gemeinde leben aber 7000 Personen. Es könnten also längst nicht alle in der Zementfabrik arbeiten. In Tat und Wahrheit werden nicht mal 600 Personen aus der Gemeinde Arbeit finden, denn von den 600 Stellen sind etliche SpezialistInnen vorbehalten. Es ist jedoch nicht vorgesehen, Leuten aus der Gemeinde die nötigen Spezial-Ausbildungen zu ermöglichen.

Es schaut also gar nichts heraus für die lokale Bevölkerung, falls die Fabrik fertig gebaut und in Betrieb genommen wird?

Die Firma offeriert dem Staat ein Prozent des Gewinns als Abbauschädigung. Von diesem einen Prozent bekommt die Gemeinde San Juan Sacatepéquez 0,25 Prozent... und das wars dann.

Der Widerstand geht demnach weiter?

Unser Widerstand geht auf jeden Fall weiter. Die Firma hat aber offensichtlich kein Interesse an einer einvernehmlichen Einigung. Die kürzlich frisch installierte guatemaltekeische Regierung ist eine dem Militär sehr nahe stehende Regierung, die nicht vor Repression gegenüber der eigenen Bevölkerung zurückschreckt. Die Firma scheint dies als gute Gelegenheit zu sehen, um noch mehr Unfrieden zu stiften: Schon jetzt ist es so, dass sie diejenigen Menschen, die sie ködern konnte, gegen die Menschen aus dem gewaltfreien Widerstand aufzuhetzen versucht.

Was haben Sie dem entgegensetzen?

Wir verbünden uns vermehrt mit anderen Initiativen in Zentralamerika. Es gibt in unserer Region immer mehr Völker, die unter Konzessionen leiden, die ihre Regierungen über ihre Köpfe hinweg an grosse Firmen vergeben haben. Viele Gemeinden haben in letzter Zeit abgestimmt, und die Projekte wurden stets mit überwältigendem Mehr abgelehnt. Nur genützt hat es leider nichts, weil die Regierung solche Abstimmungen der lokalen Bevölkerung als nicht bindend erachtet. Aber wenn es uns gelingt, das Solidaritäts-Potenzial auszuschöpfen, wenn zirka sieben Millionen Menschen untereinander solidarisch sind und einander gegenseitig unterstützen, dann kommen wir weiter.

** Namen der Redaktion bekannt*